



20.09.2022 Politik 6 Minuten Lesedauer

Schlechte Noten für Bildungsoffensive der Basler FDP

Die Freisinnigen wollen das Basler Schulwesen reformieren. Bei der Lehrerschaft stossen die Forderungen auf Kritik.

von Oliver Sterchi



Die FDP will mit ihren Forderungen erreichen, dass der viel beklagte Bildungsnotstand in Basel-Stadt behoben wird.
Symbolbild: Bilddatenbank BS

Die Basler FDP – seit den letzten Wahlen in der Opposition – hat nach den Sommerferien ein



neues Thema besetzt: den viel beschworenen Bildungsnotstand im Stadtkanton.

Mit diversen Forderungen wollen die Freisinnigen erreichen, dass die Basler Schülerinnen und Schüler in nationalen Vergleichen nicht mehr die hintersten Ränge belegen. Dazu hat die FDP-Fraktion im Grossen Rat unlängst eine Reihe von Vorstössen eingereicht.

Die Vorschläge reichen von einem Mindestpensum für Lehrpersonen über eine Art Berufslehre für angehende Pädagogen bis hin zu Sekundarschul-Rankings. Besonders die letztgenannte Forderung gab medial bereits Einiges zu reden.

Doch auch die anderen Forderungen werden kontrovers diskutiert – zumindest unter denjenigen, die tagein, tagaus im Klassenzimmer stehen: die Lehrerinnen und Lehrer.

Sowohl die Freiwillige Schulsynode Basel-Stadt (FSS) wie auch die Starke Schule beider Basel erteilen den meisten Ideen der FDP schlechte Noten. «Die Richtung stimmt, aber der Weg ist falsch», sagt etwa FSS-Präsident Jean-Michel Héritier gegenüber Prime News.

Durch die Medien davon erfahren

Man habe durch die Medien von der Bildungsoffensive der Freisinnigen erfahren, sagt Héritier. «Wir hätten uns gewünscht, dass die FDP schon im Vorhinein das Gespräch mit uns gesucht hätte. Das ist sehr schade.»

Ein Austausch habe erst stattgefunden, nachdem die Partei den Forderungskatalog bereits fertig ausgearbeitet hatte.

Besonders kritisch sieht Héritier die Forderung nach einem Mindestpensum für Lehrpersonen. Geht es nach der FDP, soll diese Schwelle bei 50 Stellenprozenten liegen. Darunter dürfte auf Ebene Volksschule niemand angestellt werden.

Der Freisinn erhofft sich davon eine wirksame Massnahme gegen den Lehrermangel und verweist auf den Kanton Genf, der bereits eine solche Regelung kennt. Der Vorstoss ist als Motion formuliert – also das schärfste parlamentarische Instrument.

Héritier befürchtet, dass ein solcher Schritt mit einem Verlust an Flexibilität für die Schulen einhergehen würde. «Lehrpersonen, die in tieferen Pensen unterrichten, sind flexibler einsetzbar.»

Konkret: Wenn zum Beispiel jemand wegen Krankheit ausfällt, kann ein Kollege mit einem Teilzeitpensum temporär aufstocken und die Lücke füllen. «Wenn alle annähernd Vollzeit arbeiten, geht das nicht.»



Prime News aktuell

Biozentrum: «Im 2017 kam es zum Kontrollverlust»

Christian von Wartburg im Podcast über die Ursachen des Planungs-Debakels und mögliche Strafverfahren.

Nachteile für Berufsnachwuchs

Ein Mindestpensum könne zudem vor allem für Mütter zum Problem werden: «Dadurch riskieren wir, dass erfahrene und bewährte Lehrpersonen in andere Kantone abwandern.»

Schulleitungen würden ihre Leute heute schon ermuntern, in möglichst hohen Pensen zu arbeiten. «Es braucht kein gesetzlich vorgeschriebenes Mindestpensum», so Héritier.

Ähnlich argumentiert Jürg Wiedemann, Mitglied des Vorstands der Starken Schule beider Basel: «Das würde den Handlungsspielraum der Schulen massiv einschränken.» Der alt Landrat der Grünen-Unabhängigen prognostiziert sogar einen Abbau an Bildungs- und Unterrichtsqualität in den Sekundarschulen.

Die Überlegung dahinter: Wenn Schulleitungen offene Stellenprozente, die unter der 50-Prozent-Schwelle liegen, nicht mehr mit externen Fachlehrpersonen besetzen können, müssen sie unter Umständen auf fachfremde Leute aus dem bestehenden Kollegium zurückgreifen.

Nicht zuletzt würde eine solche Regel auch dem Berufsnachwuchs schaden, meint Wiedemann: «PH-Studierende übernehmen oft schon während ihrer Ausbildung kleine Pensen an Schulen, um sich in diesen Beruf einzuarbeiten. Das wäre mit einem vorgegebenen Mindestpensum nicht mehr möglich.»

Eine Lehre für Lehrpersonen?

Apropos Berufsnachwuchs: Eine weitere Forderung der FDP besteht darin, dass angehende Lehrpersonen für die unteren Stufen der Primarschule nicht mehr an der Pädagogischen Hochschule ausgebildet werden, sondern im Rahmen einer «praxisnahen vierjährigen Berufsschule», wie es in dem entsprechenden Vorstoss heisst.

Also quasi eine Berufslehre für Lehrpersonen. Auch diese Idee beurteilen die Vertreter der Lehrerschaft kritisch bis ablehnend: «Das wäre ein völlig neues System», sagt Héritier. Der FSS-Präsident befürchtet, dass der Lehrerberuf dadurch abgewertet würde.

«Wer heute an einer Pädagogischen Hochschule einen Bachelor erwirbt, kann mit diesem Abschluss weiterstudieren, zum Beispiel an einer Universität.»

Erwerbe man hingegen – wie bei einer Lehre üblich – ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis, seien für den Weg an die Hochschule weitere Zwischenschritte, etwa die Passerelle, nötig. Für Jürg Wiedemann von der Starken Schule stellt sich indes die Frage nach der konkreten Ausgestaltung dieses Ausbildungsweges.

«Der pädagogische Teil der Ausbildung muss bei der PH bleiben. Nur diese hat die notwendigen Kompetenzen dazu», so Wiedemann. Die konkrete Umsetzung sei also entscheidend.

«Es scheint, dass die Basler FDP wirtschaftliche Fragen höher gewichtet als die Bildungsqualität.»

Jürg Wiedemann, Vorstandsmitglied der Starken Schule beider Basel

«Gewaltiger Mehraufwand»

Auch der Forderung nach Sekundarschul-Rankings können weder Wiedemann noch Héritier viel abgewinnen. «Das brächte viel Unruhe ins System und würde einen gewaltigen Mehraufwand bedeuten», sagt der FSS-Präsident.

Auch in praktischer Hinsicht sei diese Idee schwierig umzusetzen. Héritier befürchtet einen «Run» auf die vermeintlich «guten» Schulen. «Da stellt sich dann die Frage der Verteilung und der Chancengerechtigkeit.»

Und Wiedemann ergänzt: «Bei solchen Rankings besteht das Risiko, dass die Lehrpersonen nur noch zielgerichtet auf die Vergleichstests hin unterrichten und das Wohl der Schülerinnen und Schüler aus den Augen verlieren.»

Zusammenfassend meint der Präsident der Starken Schule beider Basel: «Es scheint, dass die Basler FDP wirtschaftliche Fragen höher gewichtet als die Bildungsqualität.»

FDP kontert

FDP-Grossrat Luca Urgese nimmt die Kritik der Lehrerverbände indes gelassen: «Natürlich finden solche Forderungen nicht überall gleich viel Anklang.» Die Partei habe einfach einmal Vorschläge eingebracht. «Wer eine bessere Idee hat, ist eingeladen, sich einzubringen.»

Denn: «Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass Basel-Stadt in punkto Bildungsqualität enorme Defizite hat.» Der Handlungsbedarf sei «definitiv gegeben», so Urgese.

Der FDP-Grossrat verwarft sich gegen den Vorwurf, dass man sich nicht mit Leuten aus der Praxis abgesprochen habe: «Wir haben in unseren Reihen auch Praktiker und Leute mit Bildungsexpertise. Die Vorstösse wurden nicht auf einer weissen Tafel aufgeschrieben.»

Zu den massiv kritisierten Mindestpensen sagt Urgese: «Diese Forderung wurde von Seiten der Eltern an uns getragen. Ihnen fehlen in den Schulen oft die Ansprechpersonen, wenn die Klassen ihrer Kinder von mehreren Lehrpersonen in Kleinpensen unterrichtet werden.»

Ausserdem zeige das Beispiel Genf, dass das Schulsystem nicht zusammenbreche, wenn es ein Mindestpensum gibt.

Die kostenlose Prime News-App – jetzt herunterladen.

🔗 [App-Store Apple](#)

🔗 [Google Play](#)



Oliver Sterchi

Co-Redaktionsleiter

[Mehr über den Autor](#)